WP-04-364 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Laura Charlotte Baumhoff (KV Aachen)

Änderungsantrag zu WP-04

Nach Zeile 364 einfügen:

Wir setzen uns für einen umfassenden, landesweiten Aktionsplan zur Suizidprävention ein. Ziel ist es, Suizide zu verhindern, Menschen in Krisen frühzeitig zu erreichen und Betroffene sowie Angehörige wirksam zu unterstützen.

Dafür wollen wir eine dauerhaft finanzierte Landesfachstelle einrichten, die einen konkreten Maßnahmenplan erarbeitet und so eine verlässliche Versorgung vor, während und nach akuten Krisen sicherstellt. Schulen, medizinische Einrichtungen, soziale Dienste und Beratungsstellen sollen besser vernetzt werden. Im Mittelpunkt stehen das frühzeitige Erkennen suizidaler Krisen, ein sensibler und fachlich angemessener Umgang mit Betroffenen sowie die zuverlässige Vermittlung in geeignete Hilfs- und Versorgungsangebote. Dazu sollen insbesondere Lehrkräfte, Mitarbeitende in Jugendämtern, Polizei, Justiz und anderen relevanten Behörden sowie Fachkräfte in Beratungsstellen gezielt für das Erkennen suizidaler Krisen und den fachgerechten Umgang mit Betroffenen sensibilisiert und qualifiziert werden.

Wir fordern eine verbindliche Finanzierung, die Beteiligung von Betroffenen und Angehörigen sowie regelmäßige Berichte über die Umsetzung und Wirksamkeit der Maßnahmen. Dazu gehört insbesondere auch der Ausbau der psychischen Gesundheitsversorgung, um Menschen in psychischen Krisen überhaupt zeitnah an qualifizierte psychotherapeutische und/oder psychiatrische Hilfe weitervermitteln zu können. Deshalb setzen wir uns für eine finanzierte Weiterbildung und ausreichend Weiterbildungsplätze für angehende Psychotherapeut*innen ein, um langfristig die psychische Gesundheitsversorgung zu sichern. Das Land Nordrhein-Westfalen soll hierfür seine Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen und sich zugleich auf Bundesebene für die notwendigen gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen einsetzen.

Unser Ziel ist ein Nordrhein-Westfalen, in dem Menschen in suizidalen und psychischen Krisen frühzeitig und unabhängig von ihrem Wohnort oder ihrer sozialen Lage professionelle Unterstützung erhalten und weder Betroffene noch ihre Angehörigen allein gelassen werden.

Begründung

Im Jahr 2022 sind in NRW 1442 Menschen durch Suizid gestorben. Das ist ein Anstieg von 8,1% zum Vorjahr. Bei jungen Menschen zwischen 10 und 25 Jahren ist Suizid deutschlandweit die häufigste Todesursache. Durch Präventionsmaßnahmen kann diese Zahl deutlich gesenkt werden. Um die Weitervermittlung in professionelle Hilfen langfristig gewährleisten zu können, muss sich psychische Gesundheitsversorgung ausgebaut werden. Dazu zählt insbesondere auch die Schaffung genügend finanzierter Weiterbildungsplätze für angehende Psychotherapeut*innen.

Unterstützer*innen

Marietheres Mimberg (KV Aachen); Claudine Schulz (KV Aachen); Benjamin Dick (KV Aachen); Christian Schubert (KV Rhein-Erft-Kreis); Salvatore Mancuso (KV Köln); Lena Vogel (KV Köln); Thies Wiemer (KV Bielefeld); Andreas Küpper (KV Aachen); Diler Omer (KV Aachen); Matthis Arndt (KV Hamm); Arne

Schmitz (KV Aachen); Malte Stratenwerth (KV Aachen); Patrick Kloß (KV Köln); Maja Alyssa Wehrmann (KV Solingen); Phil Faltin (KV Gelsenkirchen); Johann Kämpfer (KV Münster); Dennis Kurzweil (KV Aachen); Anna Lisa Grabe (KV Aachen); Jonas Baldus (KV Aachen)